

Umbau Pforzheimer Straße

- Entscheidung über das weitere Vorgehen
 - Antrag der Gruppen Bündnis 90/Die Grünen, Freie Wähler, FDP und anderen vom 08.09.2007
-

Beschluss:

1. **Der Antrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen, in dem gefordert wird, den Bau der inneren Pforzheimer Straße zurückzustellen bis das Feuerwehrge-
lände geplant und ein Investor gefunden ist, wird abgelehnt.
(27:7 Stimmen)**

2. **Der Antrag der Gruppe der Freien Wähler, auf Überarbeitung der
Detailplanung, wird abgelehnt.
(27:7 Stimmen)**

3. **Der Alternativantrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen bei der
Umgestaltung der inneren Pforzheimer Straße anstelle des geplanten
Wasserlaufes eine Begrünung durch Heckenpflanzen und Sträucher durch-
zuführen, wird abgelehnt.
(24:8 Stimmen, 2 Enthaltungen)**

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Mit Schreiben vom 31.08.2007 (Eingang am 08.09.2007 nach Erreichen des Quorums nach § 34 Abs. 1 GemO) stellten die Gruppen Bündnis 90/Die Grünen, Freie Wähler und FDP, unterstützt durch vier weitere Stadträte folgenden Antrag:

„Sehr geehrte Frau Büssemaker,

die Unterzeichner beantragen die nochmalige Befassung des Gemeinderats mit dem Thema „Umbau der Pforzheimer Straße“ und den Stopp des Auftrags- und Vergabeverfahrens, bzw. die Verschiebung der Abholzungs- und Baumaßnahme bis nach der nochmaligen Befassung des Gemeinderats mit dieser Angelegenheit.

Begründung:

Die geplante Maßnahme hat zu viel Kritik in der Bevölkerung sowie zur Gründung einer Bürgerinitiative geführt. Viele Bürger sehen die durch die Maßnahme angestrebten Veränderungen nicht als Verbesserung und empfinden die Geldausgabe als überflüssig. Insbesondere die Vernichtung des ehemals teuren, inzwischen gut verwurzelten attraktiven und klimaförderlichen Baumbestands ist in der Kritik.

Ebenso führen Staub- und Lärmimmissionen, Umsatzeinbußen durch mehrfache Einzelbaumaßnahmen und die damit verbundenen Straßensperrungen, sowie die Reduzierung der Stellplatzzahlen von derzeit 81 auf dann 72 zu großer Verärgerung bei Anliegern und Geschäftsleuten.

Außerdem meinen wir, unsere Stadt sollte auch bei innerstädtischen Bauvorhaben den Regelungen des Landesnaturschutzgesetzes Beachtung schenken, welches aus gutem Grunde Baumfällaktionen zwischen Anfang März und dem 30. September verbietet.“

- - -

Stellungnahme der Verwaltung:

Dem Antrag liegen keine neuen sachlichen Erkenntnisse zugrunde, die nicht bereits bei der Entscheidung in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 21.03.2007 bekannt waren und seinerzeit entsprechend gewürdigt wurden, wobei die Stellplatzbilanz vorgelegen hatte. § 43 Abs. 3 NatSchG erlaubt ausdrücklich das Fällen von Bäumen zwischen dem 01.03. und 30.09. eines Jahres für Maßnahmen, die bei zulässigen Bauvorhaben (insbesondere Hoch- und Tiefbau) notwendig werden. Da dies hier der Fall ist, ist weder die Einbeziehung der Naturschutzbehörde noch die Verschiebung der Baumfällarbeiten notwendig. Zu weiteren Details wird in der Sitzung mündlich Stellung genommen.

- - -

Oberbürgermeisterin Büsselmaker teilt mit, dass sie nicht aufgrund des vorliegenden Antrages eingeladen habe, sondern weil das Thema brisant sei. Eine Sitzung auf Grund des Quorumantrages wäre rechtlich erst nach sechs Monaten möglich, d. h. in der übernächsten Sitzung.

Stadträtin Saebel führt aus, dass eine nochmalige Behandlung des Themas notwendig sei, da die Bürger unzufrieden wären und ein Schaden durch Baumfällaktionen entstehe, da die Pforzheimer Straße mit der geplanten Maßnahme an Wert verliere. Ziel des Antrages sei, die Planung und Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme erneut zu prüfen. Sie erläutert den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker weist darauf hin, dass dieser Antrag nicht mit dem Quorumantrag übereinstimme.

Stadträtin Saebel liest den vollständigen Antrag vor:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Umbau der Pforzheimer Straße soll mindestens zurückgestellt werden, bis die konkrete Planung für die künftige Nutzung des derzeitigen Feuerwehrareals vorliegt und ein Investor gefunden wurde. Sollte sich aus dieser neuen Nutzung eine Umbaunotwendigkeit auch für die Pforzheimer Straße ergeben, kann dies mitberücksichtigt werden. Die bestehenden Bäume und die Begrünung sind zu erhalten und zu pflegen, um dem hohen Abgasdruck weiter standzuhalten und ein gepflegtes Stadtbild zu vermitteln. Ersatzpflanzungen sind, wo nötig, vorzunehmen. Baumaßnahmen sind lediglich durchzuführen, soweit sie für die Anbindung des Kreisverkehrs am Lauerturm an der Pforzheimer Straße notwendig sind.

Begründung:

Der Umbau ist teuer und derzeit nicht erforderlich, weder bedingt der derzeitige Zustand eine Gefährdung der Öffentlichkeit, noch ist ein städtebaulicher Missstand erkennbar.

Im Gegenteil, entsteht durch die Einrichtung von Schrägparkplätzen, deren Nutzer rückwärts ggf. ohne Sicht in den fließenden Verkehr ausparken müssen, erst eine Gefahrensituation. Des Weiteren sinkt durch die Maßnahme die Anzahl der Parkplätze in der Pforzheimer Straße auf unabsehbare Zeit. Denn ob und wann es ein Parkhaus auf dem jetzigen Feuerwehrareal geben wird ist offen, bisher gibt es keine Planungen, geschweige Finanzierung, sondern lediglich Absichtserklärungen.“

Stadträtin Saebel betont, dass aus diesen genannten Gründen die Gesamtmaßnahme im Moment nicht sinnvoll sei und gestoppt werden sollte.

Stadtrat Müller erläutert, dass die CDU-Fraktion grundsätzlich nichts gegen Bürgerinitiativen,

Debatten, Diskussionen etc. habe. Er erklärt, dass er zu Beginn auch gegen die Umbaumaßnahme gewesen sei, da er sich immer für das Handwerk und den Handel einsetze. Die Neugestaltung der Pforzheimer Straße stelle für ihn einen Magneten und somit einen Gewinn für den Einzelhandel dar. Die Schrägparkplätze seien viel besser, da man schneller ein- und ausparken könne und der nachfolgende Verkehr sowieso Rücksicht nehmen müsse. Ihm sei wichtig, dass die Parkplätze erhalten bleiben und die Kronenstraße nicht übermäßig belastet werde. Zum Begriff „Abgasmeile“ erläutert er, dass jetzt auch schon Verkehr vorhanden sei und dieser durch den Bau nicht zu- oder abnehme. Das Mäuerchen sehe er als Niveauausgleich an und nicht grundsätzlich zum Sitzen. Als Vergleich zu diesem Vorhaben spricht er die Karlsruher Straße, die Altstadtanierung oder die autofreie Innenstadt an, bei denen es ebenso Proteste gegeben habe und heute alle zufrieden seien.

Er erklärt, dass nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft wichtig sei. Zum Thema „Steuergelder“ berichtet er, dass in diesem Sanierungsgebiet Zuschüsse erhältlich seien. Er plädiert dafür, den Tagesordnungspunkt nicht abzusetzen bzw. die Maßnahme wie geplant durchzuführen.

Stadtrat Deckers erklärt, dass er die Entscheidung über die Abstimmung von neuen Gründen abhängig mache. Er betont, dass es seit dem Beschluss keine neue Situation bzw. Aspekte gäbe und die FE-Fraktion daher zu dem damaligen Beschluss stehe. Er verweist auf den Alternativvorschlag von Herrn Horstmann und unterstreicht, dass man nach einem solchen Beschluss heute genau die gleiche Diskussion hätte, da man sich über Geschmack streiten könne. Für ihn müsse mehr geschehen als nur eine Unterschriftenaktion. Er führt weiter aus, dass sowohl bei dem Demonstrationzug als auch in der Stadthalle ersichtlich gewesen sei, dass es viele unterschiedliche Gründe für die Ablehnung der Umbaumaßnahme gäbe. Er betont, dass er keine Änderung der bestehenden Planung unterstütze jedoch den Erhalt der zwei Platanen wünsche.

Stadtrat Lorch berichtet, dass die Aufregung in den letzten Tagen groß gewesen sei und dass die verschiedenen Aspekte respektiert werden müssten. Für ihn komme die Bürgerinitiative zu spät, da die Planung seit dem Jahr 2006 stehe und auch nicht alle sechs Wochen Beschlüsse durch neue Anträge überarbeitet werden könnten. Er hebt hervor, dass die SPD-Fraktion bei der jetzigen Planung bleibe, da die Verkehrsführung voll integriert sei, man aus Zeitgründen nicht wieder bei Null anfangen könne und der Zuschuss bereits bis Dezember 2008 (60 % von 380.000 €) gewährt werden würde. Des Weiteren entstehe ein ökologischer Gewinn, da mehr Bäume gepflanzt als gefällt werden würden. Er schlägt vor, großen Spitzahorn zu pflanzen. Der Alternative einer Hecke anstelle eines Baches steht er kritisch gegenüber, da hierfür Neuplanungen notwendig wären. Des Weiteren spricht er die derzeit bestehenden dunklen Ecken an, die Angsträume für Mädchen und Frauen darstellen würden. Diese seien bei der neuen Planung nicht mehr vorhanden. Abschließend lässt er wissen, dass seine Fraktion bei der Zielsetzung und somit beim Bau der geplanten Maßnahme mit eventuellen kleineren Änderungen bleibe.

Stadträtin Lumpp erklärt, dass sie die Planungen bereits im Dezember 2006, Januar und März 2007 anders gesehen habe. Sie wirft die Frage auf, woher ein Bürger wissen solle, dass die Planungen jetzt endgültig seien, wenn diese seit 1979 geändert werden. Des Weiteren teilt sie mit, dass in der Friedrichstraße nicht alle Bäume abgeholzt worden seien und auch keiner in der Bürgerinitiative daran glaube, dass durch die Umbaumaßnahme mehr Abgase entstehen. Zudem betont sie, dass kein Bürger dort flanieren oder einen Sonntagspaziergang machen wolle. Zu dem Vorwurf, dass die Bürgerinitiative mit so wenigen Mitstreitern den Mund aufmache, kontert sie mit dem Vergleich zur Bürgerinitiative im Rahmen des letzten Oberbürgermeister-Wahlkampfes. Zudem spricht sie das Problem für Autofahrer an, die aus der Durlacher Straße kommen und links in die Pforzheimer Straße abbiegen möchten. Dies sei sehr schwer und führe zu einem Ausweichverkehr über das Vogelsanggebiet.

Sie stellt für die Freien Wähler folgenden Antrag:

„Wir stellen den Antrag, die Detailplanung zu überarbeiten und

1. die Vorschläge der Bürgerinitiative zu prüfen,
2. eine Alternative zu planen und dem Gemeinderat vorzustellen, bei der die innere Pforzheimer Straße und der anschließende Grünstreifen (samt Bäume) erhalten bleiben,
3. diese Alternative der Bürgerschaft vorzustellen und zu diskutieren,
4. bis zur endgültigen Entscheidungsfindung das Bauvorhaben auszusetzen,
5. den Bau des Kreisel vorzuziehen.“

Stadtrat Dr. Böhne sieht zwei neue Gründe für eine erneute Behandlung. Zum einen die große Bürgerbeteiligung und zum zweiten die enormen Kosten für die Schlosssanierung, die im März noch nicht festgestanden hätten. Er ergänzt, dass die Stadt sparsamer werden müsse. Die FDP sei gegen die Pläne, da kein Sanierungsbedarf der Pforzheimer Straße bestehe und es sich um eine Luxussanierung handle. Zudem sehe die FDP keinen Bedarf dort zu promenieren und als dritten Grund nennt er das Feuerwehrgelände, dessen Entwicklung noch ungewiss sei. So könne es ja sein, dass dort eine Fußgängerbrücke gebaut werde.

Er schlägt vor, den Nordeingang, d. h. die Kronenstraße, damit aufzuwerten, indem die vier Stellplätze am Beginn der Straße entfernt werden, wenn auf der anderen Straßenseite der Pforzheimer Straße Parkmöglichkeit entstehen. Die jetzige Planung werde von der FDP abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Büsselmeier stellt fest, dass bisher drei Anträge eingegangen seien.

Stadtrat Dr. Keßler fügt hinzu, dass er das Quorum unterschrieben habe, um erneut zum Nachdenken aufzurufen. Seiner Meinung nach gäbe es jedoch keinen einheitlichen Konsens, da jeder eine andere Vorstellung habe. Als Kompromiss schlägt er vor, neben dem Erhalt der Platanen auch größere Bäume mit einem Durchmesser von 18 cm zu pflanzen.

Stadträtin Eble verdeutlicht, dass die Bürgerschaft nach 13 Jahren, in denen sie als Gemeinderätin tätig sei, zum ersten Mal eine Bürgerinitiative durchziehe. Trotz der Entscheidung durch den Gemeinderat sei es wichtig, noch einmal über die Planung zu diskutieren. Zur befürchteten „Abgaspromenade“ erklärt sie, dass sich dort keiner länger als nötig aufhalten werde. Für sie seien die Parkplätze nicht entscheidend und das Grün sei bisher auch nicht gepflegt worden. Sie spricht sich dafür aus, dass das alte Gemäuer des Lauerturms mit der Begrünung erhalten bleibe. Sie erklärt, dass sie nicht für die Planung stimme, da das Konzept nicht stimmig sei und sie schon von Beginn an dagegen gewesen wäre. Sie fügt hinzu, dass sie die Notwendigkeit einer "Tiefgarage-Nord" sehe, damit ausreichend Parkplätze für Besucher und Touristen vorhanden seien.

Stadträtin Saebel vertritt die Auffassung, dass die Pforzheimer Straße voll verkehrstüchtig sei, es nicht mehr oder weniger Verkehr gäbe und daher die gesamte Maßnahme sinnlos wäre. Sie betont, dass jeder Bürger wisse, für was er unterschreibe. Zudem weist sie darauf hin, dass es Aufgabe des Planungsamtes sei, Planungen zu erstellen. Die aus ihrer Sicht wichtige Bürgerbeteiligung sei bisher nicht erfolgt, daher seien heute Nachmittag zahlreiche Bürger erschienen. Sie plädiert für ein Umdenken beim Gemeinderat.

Stadträtin Zeh stellt klar, dass es seit heute Morgen einen Alternativvorschlag gäbe, welcher prüfenswert sei und allen Stadträten zugewandt wäre. Sie betont, dass man keine Chance verpassen dürfe. Als Vergleich nennt sie den Neuen Markt, bei dem die Alternativvorschläge alle schlechter gewesen seien. Sie fordert eine Fristverlängerung hinsichtlich des Förderantrages, damit ein späterer Baubeginn nicht förderschädlich für diese Maßnahme ist.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker weist darauf hin, dass weder sie noch die Verwaltung die Alternativvorschläge von Herrn Horstmann erhalten habe. Diese Vorschläge habe sie lediglich von Dritten zugeleitet bekommen. Zudem merkt sie an, dass einige Leserbriefe in den Badischen Neuesten Nachrichten gesteuert seien, da diese z. B. von Verwandten der Aktiven geschrieben worden seien. Des Weiteren sagt sie zu, dass die Platane erhalten und dickere Bäume gepflanzt werden könnten, was jedoch höhere Kosten mit sich bringen würde.

Stadträtin Riedel erläutert, dass es früher an der Pforzheimer Straße auch Alleen gegeben habe und sie diese wieder begrüßen würde. Sie akzeptiere, dass einige Bürger dies zwar anders sehen, sie und die Kollegen damals jedoch nach bestem Wissen und Gewissen entschieden hätten.

Sie fordert ein Pflasterband in der Mitte der Straße, damit im Nachhinein nicht die gleichen Probleme wie in anderen Straßen der Innenstadt auftreten. Sie wünsche sich für die Zukunft, dass die Bürger rechtzeitig und ausreichend informiert werden.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker antwortet daraufhin, dass das Pflasterband am Rand nicht immer optimal sei und die Anbringung in der Mitte der Straße nicht immer möglich wäre.

Stadtbauamtsleiter Metzgen führt aus, dass das bestehende Pflaster in einem guten Zustand sei und erhalten bleibe. Ein Pflasterband in der Mitte sei nicht vorgesehen.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker fügt hinzu, dass dies aufgrund der überfahrenden Autos nicht möglich sei, da die Belastung zu stark wäre. Gleichwohl müsse man sich in einer gesonderten Sitzung über die Pflasterung der Innenstadt unterhalten.

Stadtrat Lorch erklärt, dass man sich nun einig sei, dass die Platanen erhalten bleiben und größere Bäume eingesetzt werden sollen, damit der Alleencharakter erhalten bleibe. Dies sei mit den bisherigen Bäumen nicht möglich, da die jetzigen Bäume Waldbäume seien und keine Abgase vertragen würden. Dies hätte zur Folge, dass man einen tollen Blick auf die begrünte Mauer und das Wahrzeichen von Ettlingen hätte. Er verweist auf den Bau des Schröderkreisel und dass es damals auch unterschiedliche Meinungen zwischen dem Gemeinderat und der Bürgerinitiative gegeben habe und heute alle zufrieden seien.

Stadträtin Nickel erläutert, dass eine Bürgerbeteiligung zum richtigen Zeitpunkt gut sei, aber der jetzige Protest zu spät komme. Im Januar 2006 habe es bereits Veröffentlichungen in den Badischen Neuesten Nachrichten gegeben und daraufhin hätten Aktivitäten folgen können. Zudem stelle sie fest, dass Stadträtin Lumppp und Stadträtin Saebel bereits damals gegen die Planung gewesen seien und genug Zeit gehabt hätten, um die Bürger zu aktivieren. Es fehle bis heute ein schlüssiger konstruktiver Vorschlag und der jahrzehntelange Aufschub bzw. das Provisorium habe nichts damit zu tun. Sie betont, dass sie den jetzigen Stand mit dem Erhalt der Bäume begrüße.

Stadtrat Worms lässt wissen, dass er sich mit der Planung damals abgefunden habe. Was damals gut gewesen sei, müsse auch heute noch Bestand haben. Für ihn ist es unverständlich, dass Abstimmungsniederlagen nicht anerkannt werden. Wenn die Allee komme, sollte diese mit größeren Bäumen und den zu erhaltenen Platanen bepflanzt werden. Zudem regt er die Diskussion über das „Bächle“ an, welches seiner Ansicht nach nicht dringend erforderlich sei. Er schlägt vor, stattdessen Blumen oder einen Buschzaun zu pflanzen.

Stadträtin Lumppp kann nicht nachvollziehen, dass der Kreisel in eine dann schon fertige Straße gebaut werden solle und fordert zuerst den Kreiselbau. Zum Thema „Steuergelder“ fügt sie hinzu, dass man dies zwar nicht allgemein prüfen aber wenigstens hier in Ettlingen feststellen könne, ob eine Steuerverschwendung stattfindet oder nicht. Zudem stellt sie klar, dass weder sie noch Frau Saebel federführend bei der Initiative tätig seien. Bei den jetzigen

Planungen für den Alleencharakter werde es zwischen den Bäumen einen Abstand von 19,50 m geben - dies sei kein Vergleich zur Karlsruher Straße. Sie führt weiter aus, dass die Bürger nicht genug respektiert werden würden, obwohl diesmal Unterschriften aus allen Ortsteilen vorliegen würden. Somit sei die Qualität eine andere als sonst, da keine Eigeninteressen verfolgt werden würden. Sie ergänzt, dass beim „Schröderkreisel“ nur Unterschriften von Anwohnern vorgelegt und daher Eigeninteressen verfolgt worden seien.

Oberbürgermeisterin Büsselmaier zitiert aus einem Amtsblattbericht vom 8. Dezember 2005, dass die Freien Wähler den Ausbau der inneren Pforzheimer Straße unterstützen würden.

Stadtrat Foss verweist auf einen Artikel aus der Badischen Neuesten Nachrichten vom 22. August 2007, in dem stehe, dass es Widerstand gegen die geplante Altstadtpromenade an der Pforzheimer Straße gäbe und die Bürgerinitiative von den Freien Wählern angestoßen worden sei.

Stadtrat Siess erkundigt sich, um was es im Moment eigentlich gehe.

Oberbürgermeisterin Büsselmaier antwortet, dass es um die Richtigstellung gehe, dass die Freien Wähler ausschlaggebend für die Bildung der Bürgerinitiative gewesen seien.

Stadträtin Köpfer weist auf einen Fehler hin: Es stimme nicht, dass es der Planung nach auf der einen Seite der Pforzheimer Straße nur noch Längsparkplätze und auf der anderen Straßenseite nur noch Schrägparkplätze gäbe. Ihrer Auffassung nach seien Schrägparkplätze vor der Herz-Jesu-Kirche eingeplant. Längsparkplätze würden nur am Anfang des Kreisels, vor dem ehemaligen Geschäft von Frau Eble, bleiben.

Oberbürgermeisterin Büsselmaier erklärt, welche Anträge vorliegen würden und in welcher Reihenfolge abgestimmt werde.

Stadträtin Lumpp erkundigt sich, über welche Anträge die Oberbürgermeisterin jetzt abstimmen lassen wolle und was genau der Inhalt des Verwaltungsantrages sei.

Oberbürgermeisterin Büsselmaier antwortet, dass über den Baustopp, der bis heute bestehe, abgestimmt werden solle und erklärt, dass, wenn beide Anträge abgelehnt werden, weiter gebaut werden dürfe.

Oberbürgermeisterin Büsselmaier lässt über den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen abstimmen, in dem gefordert wird, den Bau zurückzustellen bis das Feuerwehrgelände geplant und ein Investor gefunden ist.

Dieser Antrag wird mit 27:7 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag der Freien Wähler, die Detailplanung zu überarbeiten, wird mit 27:7 Stimmen abgelehnt.

Stadträtin Saebel stellt für die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen folgenden Alternativantrag:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Bei der Umgestaltung der inneren Pforzheimer Straße soll auf den geplanten Wasserlauf zugunsten einer Begrünung durch Heckenpflanzen und Sträucher verzichtet werden.

Begründung:

Die Pforzheimer Straße ist durch den Verkehr starken Abgas- und Lärmimmissionen ausgesetzt. Bisher werden diese zumindest teilweise von der Randbegrünung aufgefangen. Fällt

dies weg und es werden lediglich Bäume nachgepflanzt, ist kein Schutz auf Körperhöhe der Passanten mehr vorhanden. Vielmehr wirken alle Abgase und aller Lärm ungefiltert auf die Menschen ein. Dies wäre kein Beitrag zum Schutz der Gesundheit der Bürger.

Da nach übereinstimmender Meinung aller Bürger, mit denen wir gesprochen haben, der Erhalt und die Neupflanzung von Straßengrün in diesem sensiblen Bereich der Anlage eines Wasserlaufes vorgezogen wird, halten wir die Änderung dieses Details für sinnvoll.“

Oberbürgermeisterin Büsse-maker teilt dazu mit, dass die Experten zu dem Ergebnis gekommen seien, dass dies ohne Umplanungen nicht möglich sei, da unter der Straße Leitungen verlegt seien und diese mit den Wurzeln der Pflanzen nicht vereinbar wären.

Der Alternativantrag der Bündnis 90/Die Grünen wird mit 24:8 Stimmen, bei zwei Enthaltungen, abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker bittet um Abstimmung über den Antrag der Verwaltung, der vorsieht, den gestellten Antrag der Grünen, Freien Wählern, FDP und weiteren abzulehnen und die Planung mit größeren Bäumen und dem Erhalt der beiden Platanen durchzuführen.

Stadtrat Rebmann weist darauf hin, dass dies nicht möglich sei. Die Oberbürgermeisterin könne sich nur ein Stimmungsbild einholen und keine Abstimmung durchführen.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker bittet daraufhin den Gemeinderat um ein Stimmungsbild bezüglich des Vorschlages, die alte Planung durchzuführen und zudem die beiden Platanen zu erhalten und größere Bäume zu pflanzen.

Diesen Vorschlag unterstützt der Gemeinderat mit 27:7 Stimmen.

- - -